

Klein- und Grossstaaten sich hinsichtlich des Grades externer Verflechtung (und den damit verknüpften Risiken der "Überfremdung") drastischer als in früheren Zeiten voneinander unterscheiden; und der Prozess der Europäischen Integration wird dazu beitragen, dass diese Diskrepanzen sich weiter intensivieren.

Je kleiner ein Staat, desto deutlicher sieht er sich vor das Dilemma gestellt, dass zusätzliche Entwicklungsschritte nur unter Hinnahme wachsender transnationaler Verflechtungen zu realisieren sind, die sich für die nationale Autonomie und Identität als Bedrohung erweisen.

Dies hat zur Folge, dass Kleinststaaten der Frage supranationaler Integration oft mit besonderer Ambivalenz gegenüberstehen und in der Gastarbeiter- wie auch in der Aussenhandelspolitik häufig eine zwischen ökonomisch bedingter Öffnung und kulturell motivierter Abschliessung oszillierende Politik betreiben. Möglicherweise erklärt sich daraus auch ihre z.B. von Eisenstadt (1985) und Katzenstein (1985) diagnostizierte Neigung, eine relativ scharfe Trennung zwischen dem exportorientierten Wirtschaftssektor und einer gegenüber Auslandsverflechtungen relativ stark abgeschirmten Binnenwirtschaft aufrechtzuerhalten.

2.2. Das "Differenzierungsmodell"

Auch dieser zweite theoretische Ansatz lässt sich auf Überlegungen formallogischer Natur fundieren, die für alle Bereiche der empirischen Realität Geltung haben und deshalb maximale Evidenz beanspruchen dürfen.

Die Prämisse lautet hier, dass es einen zwingenden Zusammenhang gibt zwischen der Zahl der Elemente, aus denen ein Objekt besteht, und dem maximalen Grad an Heterogenität (bzw. "Differenzierung"), den es erreichen kann.

So gilt beispielsweise, dass hochkomplexe Makromoleküle aus Hunderten oder Tausenden von Einzelatomen und differenzierte biologische Organismen aus Milliarden von Einzelzellen bestehen und dass menschliche Kollektive sehr gross werden müssen, um die Vielfalt verschiedener Rollen, Organisationen und Institutionen ausbilden zu können, die wir mit der Vorstellung einer "modernen Industriegesellschaft" verbinden.

Vor allem ist evident, dass die Zahl verschiedener Berufe innerhalb eines Staates kaum grösser als die Zahl seiner berufstätigen Einwohner sein kann (weil jede Person normalerweise nur einen Beruf gleichzeitig ausüben kann), und dass hinsichtlich der möglichen Zahl und Vielfalt betrieblicher